



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Tod im Mittelmeer: Hauptsache weniger Asylsuchende?**

Bericht: Lara Straatmann, Julia Regis

Datum: 30.10.2025

Georg Restle: "Humanität und Ordnung klingt immer so schön, so gut und so beruhigend. Aber was heißt das eigentlich, zum Beispiel im Mittelmeer, wo nach wie vor fast täglich Menschen sterben auf ihrer Flucht nach Europa. Was hat das noch mit Humanität zu tun? Und mit einem Versprechen, das EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen immer wieder abgegeben hat?

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin 23.07.2023 (Übersetzung MONITOR):

"Wir müssen die Ausbeutung menschlichen Leids durch kriminelle Netzwerke stoppen. Wir müssen den tragischen Verlust von Menschenleben im Mittelmeer verhindern."

Das Sterben beenden? Davon kann keine Rede sein. Seit 2015 sind bei ihrer Flucht nach Europa auf dem Mittelmeer 29.672 Menschen gestorben oder gelten als vermisst. Und das hat nicht aufgehört, nur weil Europa versucht, die Grenzen dicht zu machen oder Fluchtanreize abzuschaffen. Diese Bilder hier stammen aus diesem Jahr. Leichen, die an den Stränden des Mittelmeers geborgen werden. Fast 1.500 Menschen sind allein in diesem Jahr auf ihrer Flucht übers Meer schon gestorben. Und das hat jede Menge mit europäischer Migrationspolitik zu tun; mit Humanität dagegen weniger. Lara Straatmann und Julia Regis."

"Mayday, mayday, mayday! This is Ocean Viking ..."

Mittelmeer, 24. August 2025.

"...we're facing shooting! Shooting, they shoot at us!"

Notrufe – abgesetzt vom Rettungsschiff einer Nichtregierungsorganisation. Die libysche Küstenwache umkreist das Schiff, 87 Gerettete befinden sich an Bord. Dauerfeuer 20 Minuten. Unter Deck suchen die Menschen Schutz. Steffi Rohland war als Crewmitglied an Bord.

Steffi Rohland, SOS Méditerranée: "In der Brücke sind die Kugeln auf Kopfhöhe so geflogen, dass wir die im Nachhinein in der Decke gefunden haben, in den Bücherregalen. Es hätte auf jeden Fall Menschen treffen können."

Als die Schüsse aufhören, traut sich die Crew wieder nach oben. Was bleibt, sind der Schock, zerstörte Scheiben, Einschusslöcher überall, – auch in den Rettungsbooten. Es grenzt an ein Wunder, dass niemand verletzt wurde. Einen solchen Angriff auf private Seenotretter gab es bisher noch nicht. Und das von der libyschen Küstenwache – Europas Partner auf dem Mittelmeer. Über 40 Menschenrechtsorganisationen rufen die EU per Brief zum Handeln auf. Die EU fordert von den libyschen Behörden eine Stellungnahme, von der Zusammenarbeit mit Libyen will man aber nicht abrücken.

Guillaume Mercier, Sprecher EU-Kommission, 24.09.2025 (Übersetzung MONITOR): "Wenn wir die Situation verbessern wollen, müssen wir uns weiterhin engagieren und genau das haben wir getan und tun es auch weiterhin auf verschiedenen Ebenen. Das ist derzeit unsere Politik."

Dauerbeschuss auf Seenotretter. Und die EU will sich "weiterhin engagieren"? Keinerlei Konsequenzen?

Wolfram Lacher, Stiftung Wissenschaft und Politik: "Das ist eine ganz klare Eskalation, und das ist eine Eskalation, die nur möglich wurde, weil es von europäischer Seite jahrelang überhaupt keine Reaktion und keine Konsequenzen auf ähnliche Vorfälle in den letzten Jahren gab."

Keine Konsequenzen seit Jahren, trotz zig Vorfällen wie diesen, immer wieder regelrechte Hetzjagden der libyschen Küstenwache auf Flüchtlingsboote, Menschen, die über Bord gehen, Schüsse, Tote. Das Mittelmeer als rechtsfreier Raum. Und die libysche Küstenwache mittendrin. Eine Küstenwache made in Europe. Die EU hat sich aufgebaut, ausgerüstet, finanziert. Und lässt die libysche Küstenwache mittlerweile auch da Menschen abfangen, wo eigentlich EU-Länder zuständig wären. Und sogar ihn lässt Europa mittlerweile im Mittelmeer gewähren: General Haftar und die Miliz seines Sohnes – berüchtigt für Folter, Exekutionen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wie bei diesem aktuellen Angriff am 12. Oktober 2025. Diese Aufnahmen haben Überlebende gemacht. Ein Schiff von Haftars Miliz verfolgt ein Flüchtlingsboot, fährt mit hoher Geschwindigkeit darauf zu. Die Menschen rufen panisch Alarm Phone an, eine selbstorganisierte Notruf-Hotline. Die protokolliert den Anruf:

Notruf (Übersetzung MONITOR): "Wir brauchen Hilfe, es sind Kinder und Babys dabei! Die libysche Miliz schießt auf uns, sie schießen auf uns."

Hundert Menschen befinden sich auf dem Flüchtlingsboot, sagt die Frau am Telefon, darunter auch Kinder.

Notruf (Übersetzung MONITOR): "Wir haben nicht angehalten, wir wollten nicht anhalten, also haben sie angefangen, auf uns zu schießen. Vier von uns sind verwundet und einer ist tot. Bitte, wir sterben, wir sterben hier wirklich."

Sie schaffen es schließlich, zu entkommen. Ein Geflüchteter wird bei dem Angriff getötet, ein anderer liegt im Koma, zwei weitere sind schwer verletzt. Doch wie konnte es dazu überhaupt kommen – in einer Zone auf dem Mittelmeer, für die eigentlich die EU zuständig ist und die rund um die Uhr von der EU-Grenzschutzbehörde Frontex überwacht wird? Lässt die EU sogar gewalttätigen Milizen freie Hand, um möglichst viele Flüchtlingsboote abzufangen – egal wie? Fest steht, mindestens 16.200 Menschen wurden allein in diesem Jahr zurück nach Libyen gezwungen, wo ihnen Folter und Misshandlung drohen. Einer von ihnen ist Botoka: wir erreichen ihn per Videocall. Er möchte nicht erkannt werden, er hat zu viel Angst vor den libyschen Behörden. Mehrfach wurde er von ihnen in Haftlager gesperrt, erzählt er uns.

Botoka (Übersetzung MONITOR): "Dort foltern sie dich. Sie schlagen dich und verlangen Geld von dir. Ich habe ihnen gesagt, dass ich niemanden habe, der Geld zahlen kann. Sie haben mir Leichen gezeigt und gesagt, wenn du nicht zahlst, stirbst du. Sie haben mich auf jede erdenkliche Weise geschlagen, alle zwei, drei Tage. Bis ich in einer Nacht die Möglichkeit hatte, zu fliehen."

Immer wieder hat MONITOR über solche Haftlager in Libyen berichtet; Wo Tausende Migranten willkürlich eingesperrt, gefoltert, vergewaltigt werden. Die Lager existieren bis heute. Diese Aufnahmen wurden uns zugespielt; sie sind aus diesem Jahr. Und noch ein Video erreicht uns: ein Hilferuf von eingesperrten Frauen und Kindern aus dem Sommer 2025. Offenbar hat sich nichts geändert. Auch die UN spricht in einem aktuellen Bericht aus diesem Jahr erneut von willkürlichen Inhaftierungen und Menschenrechtsverletzungen in den Haftlagern. Wir wollen wissen, was die EU zu der Situation in den Haftlagern sagt, eine Antwort erhalten wir nicht. Auch nicht auf unsere Fragen zur libyschen Küstenwache und den kriminellen Milizen. Dabei wollte die EU sich doch angeblich für den Schutz von Menschenleben einsetzen.

Ursula Von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, 23.07.2023: "Wir müssen den tragischen Verlust von Menschenleben im Mittelmeer verhindern!"

Die Realität sieht anders aus. Auch 2025 ist bisher kaum eine Woche vergangen, ohne dass Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer ihr Leben verloren haben oder seitdem vermisst werden. Allein bis Mitte Oktober waren es 1.483; Menschen, die vielleicht hätten gerettet werden können. Aber Organisationen, die auf dem Mittelmeer Menschen aus Seenot retten wollen, werden heute immer massiver daran gehindert – von Mitgliedstaaten der EU. Italien schreibt den zivilen Seenotrettern nun vor, nach jeder einzelnen Rettung direkt zurück in den zugewiesenen Hafen zu fahren. Oft sind das Häfen, die extrem weit entfernt liegen. Und während dieser Fahrt ist es ihnen verboten, weitere Rettungsaktionen durchzuführen. Sonst werden sie festgesetzt.

Felix Braunsdorf, Ärzte ohne Grenzen: "Aus unserer Sicht sind die italienischen Gesetze im Konflikt mit internationalem Seerecht und auch den europäischen Gesetzen. Jeder Kapitän ist verpflichtet – soweit er das kann – Menschen in Seenot zu retten. Das ist ein feststehendes Prinzip und das wird damit, mit diesen italienischen Gesetzen ausgehebelt."

Seenotretter, die behindert werden. Eine gewalttätige Miliz, der freie Hand gelassen wird, und Tausende Menschen, die Opfer von Misshandlung in Libyen werden – oder auf dem Mittelmeer ertrinken. Bilder dieses Jahres. Die Reaktion der EU-Kommission auf all diese Vorwürfe: Schweigen. Dabei sind es die Konsequenzen einer Politik, die mehr denn je auf Abschottung setzt und Tote weiterhin in Kauf nimmt.

Georg Restle: "Eine Frage, die bleibt: Warum interessieren uns die Schicksale dieser Menschen eigentlich immer weniger? Ist uns Ordnung dann doch so viel wichtiger als Humanität?"